

Werbung



14.11.2025 • 35

Brüssel

Weit auslegbare Regelungen: Könnte die EU die Chatkontrolle doch durch die Hintertür einführen?

Es besteht die Sorge, dass die EU durch die Hintertür doch eine Chatkontrolle einführen könnte. Patrick Breyer, Politiker der Piratenpartei, sieht in einer vagen Formulierung eine Gefahr für ein Schlupfloch.



Marie Rahenbrock



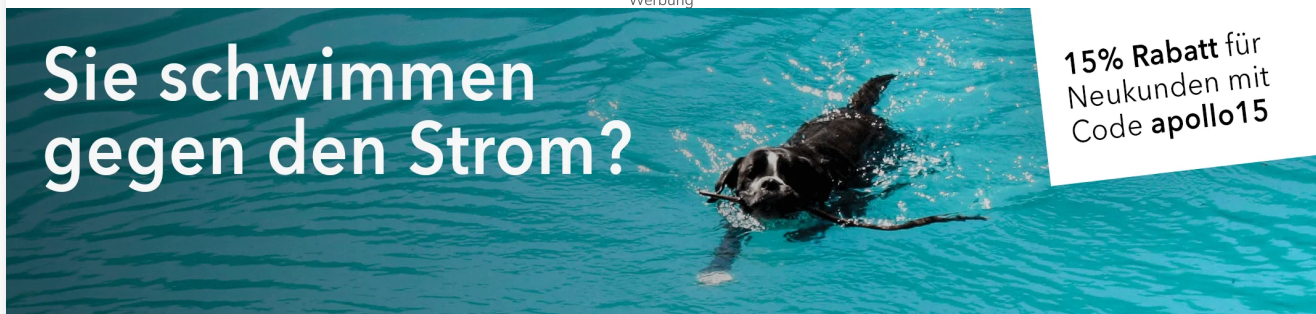
Ursula von der Leyen spricht für eine Altersgrenze von 16 Jahren für soziale Medien aus. (IMAGO/Anadolu Agency)

Der ehemalige EU-Politiker Patrick Breyer befürchtet, dass die Chatkontrolle in der EU doch durch die Hintertür eingeführt werden könnte. Ende Oktober hatte Dänemark, das den Vorsitz im Europäischen Rat hat, einen Passus zur verpflichtenden

Chatkontrolle aus einem EU-Gesetzesvorhaben zur Bekämpfung von Kinderpornografie gestrichen. Ansonsten wäre nach Einschätzung der dänischen Regierung keine Einigung der 27 Mitgliedstaaten auf den Rest des Gesetzes möglich gewesen (*Apollo News* [berichtete](#)).

Breyer, der Mitglied der Piratenpartei ist, sieht eine Gefahr in Artikel 4 der veränderten Verordnung, der weit auslegbar ist. So sollen Anbieter von Internetkommunikation „alle angemessenen Maßnahmen zur Risikominderung“ ergreifen, um das Risiko von Kindesmissbrauch zu verringern. Es werden eine Reihe konkreter Maßnahmen aufgelistet, die „mindestens“ ergriffen werden müssen. Dazu zählt unter anderem die Anpassung der Moderation von Inhalten, eine angepasste Zusammenarbeit mit Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft oder Organisationen, die im Rahmen des Digital Services Act als „Trusted Flagger“ eingestuft wurden.

Werbung



Sie schwimmen gegen den Strom?

15% Rabatt für Neukunden mit Code `apollo15`

Außerdem ist vorgesehen, dass die Unternehmen „freiwillige Aktivitäten nach der Regulation (EU) 2021/1232“ durchführen sollen. Die Richtlinie bezeichnet eine Ausnahmegenehmigung, die erstmals 2021 eingeführt wurde und die es Unternehmen wie Facebook erlaubt, Inhalte auf Kinderpornografie zu untersuchen. Die Messenger-Dienste und Internetplattformen sind also angehalten, freiwillige Untersuchungen durchzuführen. Breyer fürchtet, dass Internetplattformen dazu verpflichtet werden könnten, Untersuchungen durchzuführen, wenn sie schon zu freiwilligen Aktivitäten angehalten werden und „alle angemessenen Maßnahmen“ ergreifen sollen.

Der Streit um die verpflichtende Chatkontrolle hat dafür gesorgt, dass sich das Gesetz seit drei Jahren in der Abstimmungsphase befindet. Innerhalb des Europäischen Rates konnten sich die 27 Mitgliedsstaaten nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Deutschland hatte sich gegen die verpflichtende Chatkontrolle ausgesprochen. Doch dem neuen Gesetzesentwurf ist auch Justizministerin Stefanie Hubig gewogen.

Werbung

Der Gesetzesentwurf sieht auch vor, dass die Unternehmen Maßnahmen zur

Altersverifikation ergreifen sollen. Die Maßnahme zur Altersverifikation soll laut dem EU-Dokument datenschutzkonform sein und nur so wenige Daten wie möglich sammeln. Breyer ist der Ansicht, dass dies zur Folge hätte, dass jeder Nutzer sein Alter zum Beispiel über die Registrierung des Ausweises oder einen Gesichtsscan nachweisen muss. Im EU-Vorhaben selbst ist nicht geregelt, wie die Altersverifikation zu geschehen hat.

LESEN SIE AUCH:



Fingerabdrücke genommen

„Überlegen Sie sich, was Sie in Zukunft posten“: Mann erlebt Durchsuchung und radikale Polizeimaßnahmen nach X-Post

Max Roland • 261



Analyse

Von der Leyens neuer EU-Geheimdienst: Die Kommissionspräsidentin baut ihre Macht rücksichtslos aus

Boris Cherny • 94

Allerdings testet die EU-Kommission gerade ein Verfahren zur Altersverifikation, bei dem man seinen Pass registrieren muss, um soziale Medien nutzen zu können. Die Software „basiert auf denselben technischen Spezifikationen wie die europäischen digitalen Identitäts-Wallets, die bis Ende 2026 eingeführt werden sollen“, heißt es. Das würde die „Integration der Altersüberprüfungsfunktion in die zukünftigen Wallets“ ermöglichen. Innerhalb der EU befürworten sowohl die Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, als auch Teile des EU-Parlaments eine Altersgrenze von 16 Jahren für soziale Medien (mehr dazu [hier](#)).

Teilen:

Zu den Kommentaren (35) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Zahlungsoptionen: Pay Pay

3,99 €/mtl.

Basis

9 €/mtl.

Standard

18,36 €/mtl.

Gegen-GEZ

50 €/mtl.

Förderer